

Trend
Reichweite: 277.000

6. Dezember 2019

TREND
WIRTSCHAFT
↓
ÖSTERREICH



Laut „ZukunftsMonitor“ der Industriellenvereinigung vertrauen die Österreicher Unternehmen deutlich mehr als der Politik. IV-Generalsekretär **CHRISTOPH NEUMAYER** über die Ursachen und die Schlussfolgerungen.

abgab. Das kann das Ansehen von Institutionen erhöhen.

Es sieht aber so aus, als hätte sich hinter der harmonischen Fassade deutlich weniger geändert als erwartet. Wenn es nur eine Fassade ist, ist es auch nicht nachhaltig. Produkt und Marketing müssen schon zusammenpassen. Was mich positiv stimmt: Gleich hinter der Polizei genießen die Unternehmen das größte Vertrauen. Die Menschen sprechen ihnen hohe Innovationsleistungen zu. Dieses gute Bild spiegelt sich auch in anderen Fragestellungen zur heimischen Wirtschaft und Arbeitswelt wider. Die Österreicher sind mit ihren Arbeitszeiten, mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zum Beispiel sehr zufrieden. Auch gegenüber der Globalisierung und den Chancen, die sie bietet, sind sie mehrheitlich positiv eingestellt.

Was vielleicht anders gewesen wäre, hätte man sie konkret zu einem Abkommen wie Ceta gefragt? Wir haben hier bewusst den breiten Begriff Globalisierung gewählt, weil wir über den Freihandel und den Stellenwert von Österreich als Exportnation reden wollten, um die tiefer liegende Einstellung zur internationalen Vernetzung zu verstehen.

Auch die Digitalisierung wird erstaunlich positiv gesehen: 71 Prozent der Befragten sind sich ziemlich sicher, dass ihr Job dadurch nicht wegfallen wird. Das hängt vielleicht damit zusammen, dass dieses Thema in Österreich in den vergangenen Jahren relativ sachlich und unaufgeregt diskutiert wurde und man versuchte, die Chancen aufzuzeigen und die dafür nötigen Veränderungen auf breiter Basis zu erarbeiten. Die Frage ist

„Leben und Politik sind entkoppelt“

TREND: Im neuen „ZukunftsMonitor“ der Industriellenvereinigung zeigt sich, dass die Österreicher der Meinung sind, dass ihr Land sich eher in die falsche Richtung entwickelt (siehe Grafik rechts). Ihre persönliche Zukunft hingegen sehen sie positiver. Wie passt das zusammen?

NEUMAYER: In diesem Widerspruch zeigt sich, dass viele unserer Institutionen, auch die Politik, in den vergangenen Jahren an Vertrauen verloren haben. Es ist überraschend, wie offenkundig viele Menschen das eigene Leben von der Handlungsfähigkeit der Politik abgekoppelt haben.

Das hieße aber: Die Menschen messen dem, was Politik und Institutionen tun, keinen Einfluss auf ihr Leben zu. Könnte man sagen. Aber nicht im angelsächsischen Sinn, weil man so viel Vertrauen in sich selbst hat, sondern eher in Richtung einer neuen Biedermeierlichkeit. Die Politik muss das Vertrauen zurückgewinnen.

Wie zum Beispiel? Indem man eine gewisse Reife an den Tag legt und vernünftig miteinander umgeht. Wir haben in den vergangenen Jahren eine massive Polarisierung erlebt. Wir müssen auch darüber nachdenken, was es etwa für das Vertrauen in die Justiz bedeutet, wenn Verschlussakte ständig in der Öffentlichkeit landen. Der „ZukunftsMonitor“, bei dem wir durch 1.200 Tiefeninterviews erfahren wollten, wie Österreich denkt, zeigt klar: Menschen wünschen sich Verlässlichkeit und Ruhe in der Politik.

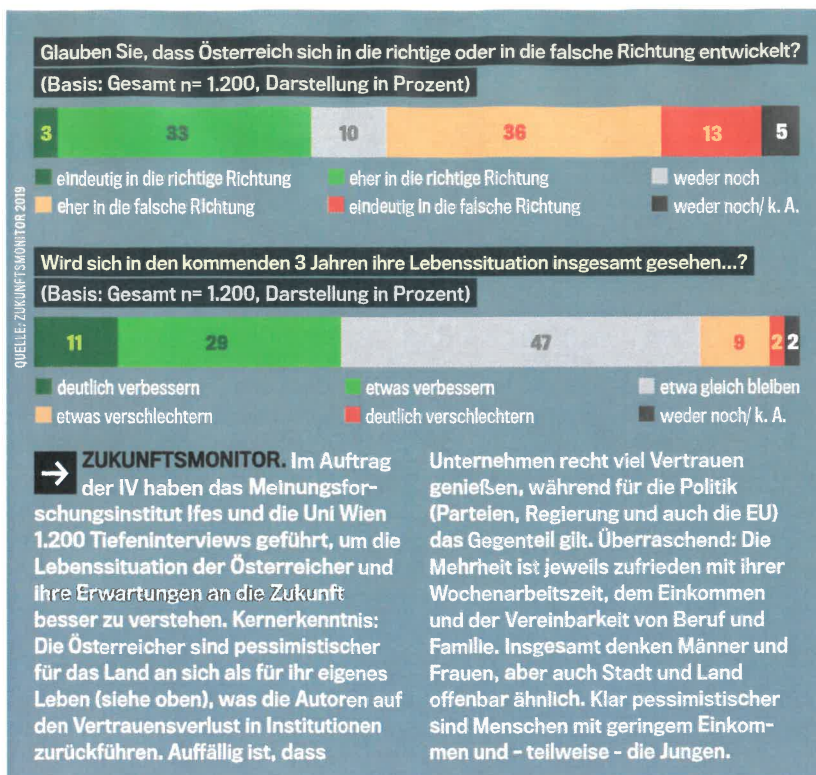
Die schwarz-blaue Regierung hat das mit Message Control versucht. Erfolgreich aus Ihrer Sicht? Ihre Attraktivität lag darin, dass sie nach außen nicht gestritten hat, die Dinge konzise kommunizierte und ein geschlossenes Bild

INTERVIEW: MARTINA BACHLER

Trend

Reichweite: 277.000

6. Dezember 2019



natürlich, ob die Einstellung zu diesem Thema so positiv bleibt.

Nur 25 Prozent der Österreicher können sich vorstellen, Unternehmer zu werden. Gibt Ihnen das zu denken? Es war sicher schon einmal schlimmer, aber es ist dennoch ein geringer Wert. Knapp die Mehrheit der Befragten sagt, dass das Klima und die Rahmenbedingungen für Unternehmen nicht die besten sind. Das sollte der Politik zu denken geben.

Wir bekommen eine neue Regierung, wir sehen, dass die Konjunktur sich eintrübt. Was lassen sich auf Basis der Studie nun für Forderungen ableiten? Insgesamt zeigt sich an den Ergebnissen, dass Regierungen bei manchen Themen durchaus mutiger sein könnten, als sie es bisher waren. Die Menschen sind pragmatischer und flexibler als angenommen. Sie akzeptieren wirtschaftspolitische Forderungen, die sie verstehen. Das gilt für das Freihandelsthema, aber auch für die Forderung, mehr in Forschung und Entwicklung zu investieren. Bei dem Grundvertrauen, das es offenbar in Unternehmen gibt, könnte man auch darüber nachdenken, mehr Entscheidungen auf die betriebliche Ebene zu verlagern.

Etwa bei Arbeitszeitregelungen? Ja. Es geht es darum, dass der Rahmen möglichst flexibel sein muss, was auch in konjunkturell ruppigeren Zeiten Unternehmen helfen würde, weil sie Arbeitskräfte flexibler einsetzen könnten. Gleichzeitig aber sollen Kollektivverträge aufrecht bleiben. Das steht außer Frage.

Der „ZukunftsMonitor“ zeigt aber auch, dass Klimaschutz den Menschen wichtig ist und viele skeptisch sind, ob die Politik hier Verbesserungen bewirken kann. Da ist auch die Industrie gefragt. Die politische Herausforderung ist es jetzt, Menschen für die notwendigen Änderungen zu sensibilisieren, sie mitzunehmen und gleichzeitig den Rahmen so zu setzen, dass Wirtschaft und Industrie ihren Beitrag leisten können. Wenn Unternehmen wie die voestalpine einen Ansatz verfolgen, bis 2050 die CO₂-Emissionen um 80 Prozent zu reduzieren, aber das nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich ist, muss die Politik entscheiden, ob sie darauf eingeht,

ob sie diese Unternehmen halten will. Das alles muss sehr ausbalanciert sein.

Aber zu suggerieren, das alles geht, ohne dass jemand groß betroffen ist, wird nicht funktionieren. Richtig, es müssen Lebensstile geändert werden, jeder Einzelne wird Maßnahmen gegen den Klimawandel zu spüren bekommen. Aber wir müssen Aktionen à la Gellwesten verhindern. Dafür muss die nächste Bundesregierung Lösungen finden.

Wird das gelingen, ohne dass der CO₂-Ausstoß einen Preis bekommt?

Unternehmen ist sehr bewusst, dass sich das Umfeld ändert und Klimaschutz gestaltet werden muss, aber sie sagen auch: Gebt uns bitte einen verlässlichen Rahmen für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre. Das ist entscheidend. Das bedeutet aber, dass die Politik über die Legislaturperiode hinaus denken muss. In einem idealen Szenario bleiben Unternehmen dann nicht nur hier, sondern schaffen beispielsweise Technologien, Produktionsprozesse, die global ausgerollt werden können. Effiziente Klimapolitik ist enorm komplex.

Was schließen Sie daraus, dass der Studie zufolge 61 Prozent die Entwicklung des sozialen Zusammenhalts negativ sehen? Wir sehen auch darin eine Folge des Auseinanderdividierens der vergangenen Jahre: Arm gegen Reich, Ausländer gegen Inländer. Wir übersehen dabei, dass Österreich, was Einkommensunterschiede betrifft, dennoch vergleichsweise gut dasteht. Die entscheidende Frage ist: Wie glaubwürdig bietet dieses Land noch allen faire Aufstiegschancen? Da sind wir beim Thema Bildung.

Und bei der Bildungspolitik, die zuletzt auch von der ÖVP weiter vernachlässigt wurde? Es

gibt eine gewisse Hoffnung, dass da gestalterisch jetzt mehr passiert. Wir brauchen das ganz dringend, weil die Antwort auf Veränderungen in der Arbeitswelt in der Bildung liegt. Möglichst früh ansetzen – schon in der Elementarbildung – und der Ausbau der Ganztagschule, die richtige Ausstattung und das richtige Personal in den Schulen wären hier die Herausforderungen.

„Unternehmen brauchen beim Klimaschutz einen verlässlichen Rahmen.“

CHRISTOPH NEUMAYER
IV-GENERALSEKRETÄR